

Niederschlag in den Diskursen der Historiografien geben die nötigen Hintergrundinformationen für den anschließenden bibliografischen Teil. Im Anschluss an die einführende Literatur, die publizierten Quellen und die ereignisgeschichtliche Literatur folgen Titel zu den drei beschriebenen Bedeutungsebenen. Ergänzt werden sie durch Titel, in denen die Geschichtsschreibung zu den Abstimmungskämpfen selbst thematisiert wird, und durch Werke, die die jeweiligen Trägerschichten und nichtschriftlichen Manifestationen (Denkmäler, Museen) der Erinnerung an die Abstimmungskämpfe zum Gegenstand haben. Die Berücksichtigung dieser erinnerungspolitischen Aspekte rundet die Nachzeichnung der jeweiligen wissenschaftlichen Diskurse zu den oberschlesischen Abstimmungskämpfen ab. Angesichts der Tatsache, dass es bis dato keine einschlägige Bibliografie gab, die einen umfassenden Zugang zum Thema ermöglicht hätte, bietet R. mit seiner Auswahlbibliografie einen guten Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit den Abstimmungskämpfen, vor allem für einschlägig interessierte Nichtfachleute. Aufgrund des Zugangs zum Thema über die drei Bedeutungsebenen vereint sie Aspekte, die bei einer Suche in den Bibliothek-OPACs längst nicht alle gefunden würden.

Marburg

Agnes Laba

*Ingo Loose: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945. (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 75.) Oldenbourg Verlag, München 2007. 495 S. ISBN 978-3-486-58331-1. (€ 69,80.)* – Das Buch, das die überarbeitete Version einer 2005 an der HU Berlin bei Ludolf Herbst verteidigten Dissertation darstellt, befasst sich vor dem Hintergrund der allgemeinen NS-Politik im besetzten Polen detailliert mit dem Verhalten der Banken und Sparkassen in den „eingegliederten Gebieten“ und im Generalgouvernement. Ingo Loose geht dabei den Leitfragen nach, wie sich die Kreditinstitute im Umfeld der Judenverfolgung und -vernichtung, aber auch der Unterdrückung der Polen verhalten haben, wie bereitwillig sie mit den nationalsozialistischen Behörden zusammenarbeiteten und welche Handlungsspielräume sie hatten bzw. wie viel Eigeninitiative sie an den Tag legten.

Zur Beantwortung dieser Frage wertete L. eine kaum zu überblickende Menge an Quellenmaterial in je zehn polnischen und deutschen sowie einem russischen Archiv aus. Hinzu kommen gedruckte Quellen und eine beeindruckende Fülle an Literatur, wodurch letztlich eine Arbeit entsteht, die in ihrer Breiten- wie Tiefenwirkung Maßstäbe setzt, die in Zukunft zu diesem Thema vermutlich nicht mehr erreicht werden können. Der Vf. liefert die empirischen Belege dafür, dass wirtschaftliche und weltanschauliche Vorgehensweisen sich nicht widersprachen, sondern im Gegenteil ergänzten. Die Interpretation, dass die deutsche, vor allem von Ideologie getriebene Besatzungspolitik am Ende zu einem wirtschaftlichen Fiasko geführt habe, gegen das sich die Banken weder wehren konnten noch wollten, ist überzeugend. Freilich ist dies nicht weiter verwunderlich, denn warum hätten ausgerechnet Kreditinstitute innerhalb einer vom Erfolg des Nationalsozialismus überzeugten Gesellschaft zu einer Oase des Widerstands werden sollen? Allerdings stellt sich die Frage nach den Nuancen der Verstrickung. Hier kann L. zeigen, dass die Banken und Sparkassen nur in wenigen Fällen nachfragten – und dann häufig auch nur aus formaljuristischen Motiven, z.B. wenn sich jüdische Inhaber von Konten plötzlich nicht mehr auffinden ließen. Ob es innerhalb der Lenkungswirtschaft tatsächlich wesentlich größere Aktionsmöglichkeiten gegeben hätte, muss offen bleiben, man kann nun jedoch auf der Grundlage dieses Buches problemlos von „Hitlers willigen Bankern“ sprechen.

Gießen

Markus Krzoska

*Václav Klaus: Rok šestý. [Das sechste Jahr]. Knižní klub, Praha 2009. 448 S. ISBN 978-80-242-2422-0.* – Der tschechische Präsident Václav Klaus gilt als ausgemachter „Europa-Gegner“. Konsequenz kann ihm dabei nicht abgesprochen werden. Seit Jahren bemängelt er in der Europäischen Union das Fehlen demokratischer Instrumentarien, beklagt eine weitreichende Kompetenzverlagerung aus den Mitgliedstaaten in die Hände einer „unkontrollierten EU-Bürokratie“ und damit einhergehend eine Entmündigung der in demokratischen Wahlen

legitimierten nationalen Vertretungen mit fatalen Folgen für die Bürger Europas. Es gibt nur noch eine zweite „Gefahr“, die den Politiker K. derart umtreibt: die mit der Klimaerwärmung argumentierenden Umweltaktivisten. Was veranlasst K., seinen Standpunkt zur EU derart offensiv zu vertreten, obwohl er damit zu Hause und in Europa weitgehend auf Unverständnis stößt? Seit Übernahme des Präsidentenamtes 2003 publiziert der zur Selbstdarstellung neigende Politiker alljährlich eine Auswahl seiner Reden, Artikel, Interviews und Essays. Inzwischen liegt der sechste Band vor. In der tschechischen Geschichte des 20. Jh.s spielten die auf eine „8“ endenden Jahre häufig eine kardinale Rolle. Als Staatsoberhaupt musste K. deshalb auf mehrere Jahrestage eingehen. Hier findet sich eine Erklärung für seinen skeptischen Standpunkt zur EU. In der Rede zum 40. Jahrestag der August-Ereignisse von 1968 erinnert er daran, dass, „als in Prag die sowjetischen Panzer den Versuch eines dritten Wegs zum Kommunismus erstickten, in Paris und in anderen westlichen Ländern jugendliche linke Radikale mit roten Fahnen auf Barrikaden Maos Kulturrevolution besangen“. 1941 in Prag geboren, hat er das Misstrauen der Elterngeneration verinnerlicht, das diese seit dem Münchner Abkommen vom September 1938 prägt. Es ist das Trauma vom „Verrat der westeuropäischen Bündnispartner“, mit dem die Tschechoslowakei zuerst an das Dritte Reich ausgeliefert wurde und zehn Jahre später – im Februar 1948 – an das sowjetische Imperium Stalins. Wieder zwanzig Jahre später, im August 1968, erlebt der 27-jährige, systemkritische K. selbst „die verbal empörte“ Reaktion des Westens auf die Okkupation seines Landes durch die Truppen des Warschauer Paktes. Der Westen ließ es bei Worten bewenden.

Für den Vf. steht außer Zweifel, dass „trotz einer erhaben klingenden Rhetorik in der realen Welt der Eigennutz der einzelnen Staaten Vorrang hat“. Und weiter: „Wenn es ans Eingemachte geht, dann ist ihnen das Hemd der eigenen Interessen näher als die Hose des Idealismus.“ Diesen Gedanken nimmt er in der Rede zum 90. Jahrestag der Entstehung der ersten Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1918 auf und bezieht ihn auf die Mitgliedschaft in der EU, an die man einen bedeutsamen Teil der Souveränität abgegeben habe. Wieder befinde man sich in einer historisch bekannten Situation: „In der Überzeugung, das Beste für unseren Staat zu tun, geben wir dessen wichtigste Charakteristiken auf“. Dem schließt K. neuerlich die Warnung an, nicht allzu viel auf den Altruismus der jetzigen Partner zu setzen. Die „Geschichte endet nicht“, die heutigen Bündnisgenossen „haben ihre natürlichen und verständlichen nationalen und staatlichen Interessen, wie sie diese schon immer hatten“.

In einem Brief an einen tschechischen Professor-Kollegen, der ihn für die EU-skeptische Haltung kritisiert, beschreibt er überaus deutlich, wie er die europäische Politik sieht. Diese sei gekennzeichnet „von dem logischen und berechtigten Anliegen der einzelnen Staaten, möglichst ein Maximum an eigenen Interessen durchzusetzen“, „Entgegenkommen und Einigkeit“ gäbe es da nicht. Für K. ist es nur natürlich, dass sich Tschechien in der EU ebenso verhalten muss. Er kenne jedenfalls nur die Loyalität gegenüber seinem Land, „eine Loyalität gegenüber der Europäischen Union fühle ich nicht“, sagt er in einem Interview für die polnische Tageszeitung *Dziennik* vom 11. März 2008. Ihn würden nur „Ergebnisse“ interessieren, nämlich „die Kosten und Erträge für die Tschechische Republik“, die Kosten und Erträge für die EU ließen ihn kalt. Den Lissabon-Vertrag lehnt er – trotz Ratifizierung – ab, weil er gegen die Interessen der kleineren Mitglieder gerichtet sei und die großen bevorteile. Überhaupt sei dieses Dokument entstanden durch einen „genialen Trick Merkels“. Ihr und ihren Rechtsexperten sei es gelungen, den „zusammenhängenden Text der europäischen Verfassung in die jetzt unverständliche Form zu transferieren“, so K. in einem Interview für die Prager Tageszeitung *MfDnes* am 29. November 2008. Für ihn schließt sich die Argumentationskette – wieder droht ein Verrat. „Wir müssen unsere Identität pflegen und schützen, wenn wir nicht – wie schon so oft in der Vergangenheit – unsere Freiheit verlieren wollen“, ruft der Präsident in der Neujahrsansprache vom 1. Januar 2008 die Bürger auf.

Prag (Praha)

Uwe Müller